

Ressort: Finanzen

Schiefergas-Förderung: Bundesländer schließen Probefracking aus

Berlin, 11.02.2017, 08:05 Uhr

GDN - Die Bundesländer schließen Probebohrungen in Deutschland zur Erforschung der Gefahren durch unkonventionelles Fracking aus. Das berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Samstag) unter Berufung auf eine Umfrage unter den 16 Landesregierungen.

Diese begründeten das Vorgehen demnach mit fehlenden Vorkommen oder aber der generellen Ablehnung der umstrittenen Technologie. Am Samstag treten in Deutschland die neuen Regelungen zum Fracking in Kraft. Während die konventionelle Variante unter strengeren Auflagen als bisher erlaubt bleibt, wird das sogenannte unkonventionelle Fracking etwa zur Schiefergasförderung verboten. Die Regelung sieht allerdings vier Probebohrungen zu Forschungszwecken vor, denen das jeweilige Bundesland zustimmen muss. Wie die "NOZ" berichtet, schlossen die Länder das aber aus. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums in Niedersachsen etwa erklärte, die Landesregierung lehne Fracking in unkonventionellen Lagerstätten auch zu Forschungszwecken ab. Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) habe die zuständige Bergbaubehörde angewiesen, keine entsprechenden Genehmigungen zu erteilen. Auch Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Thüringen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern wollen grundsätzlich keine Probebohrungen genehmigen. Der Rest verwies auf fehlende Vorkommen zur Schiefergasförderung. Allein Mecklenburg-Vorpommern äußerte sich zurückhaltender: Die Regierung sehe die Technologie zwar grundsätzlich skeptisch. Noch gebe es allerdings keine Position zu Probebohrungen, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums dem Blatt. Untersuchungen hätten aber ergeben, dass die Förderung von Schiefergas in Mecklenburg-Vorpommern nicht wirtschaftlich sei. Für die Erprobungsmaßnahmen stellt die Bundesregierung in diesem Jahr vier Millionen Euro zur Verfügung, schreibt die "NOZ" unter Berufung auf ein Schreiben des Forschungsministeriums an die Grünen-Bundestagsfraktion. Deren energiepolitische Sprecherin Julia Verlinden forderte die Regierung auf, das Geld in die Erforschung der Krebsgefahr von konventionellem Fracking zu investieren. Das wird in Deutschland seit den 1960er-Jahren angewendet und bleibt weiter erlaubt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-85164/schiefergas-foerderung-bundeslaender-schliessen-probefracking-aus.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com